



ÖNK-Präsident Umfahrer pocht darauf, dass es im heimischen Gesellschaftsrecht bei Firmengründungen nicht zu einer „Qualitätsminderung“ kommt – das gelte auch für den Eintrag ins Firmenbuch

Kritik an Plänen zu Austria Limited

Gesellschaftsrecht. Notare-Präsident schlägt neue GmbH vor und warnt vor falscher Euphorie bei Start-ups

VON WOLFGANG UNTERHUBER

Wirtschafts- und Justizministerium planen derzeit eine neue Kapitalgesellschaft. Arbeitstitel: Austria Limited. Das Thema ist wegen der Krise brisant. Denn eine Pleitewelle droht. Mit der Austria Limited will man die Gründung von sogenannten Start-ups erleichtern.

Die Causa wird in der Gründerszene und unter Juristen heiß diskutiert. Und hat – laut Gerüchten auf dem „Wiener Parkett“ – Potenzial für einen Koalitionskrach.

Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck (ÖVP) will die Limited früher als später. Unterstützung erhält sie aus der Start-up-Szene. Investor Michael Altrichter etwa, Start-up-Beauftragter der Regierung, macht auf digitalen Kanälen wie LinkedIn Stimmung für die neue Gesellschaftsform. Er erntet Zustimmung. Die GmbH sei bei der Gründung zu bürokratisch und dauere zu lang, so die Meinung in der Szene.

Die Führung des Themas liegt aber bei Justizministerin

Alma Zadic (Grüne). Die lässt sich Zeit. Österreich habe schließlich einen Ruf als transparenter und rechtssicherer Standort für Gründer zu verlieren.

Kritik von der ÖNK

Genau da setzt die Kritik von Anwälten und Notaren ein. „Wenn man sich auf eine völlig neue Gesellschaftsform einlässt, ist die Frage, ob der Schuss nicht nach hinten losgeht“, so Michael Umfahrer, Präsident der Notariatskammer ÖNK. Einen „Flop“ habe man vor einigen Jahren schon erlebt. „Wir haben neun Monate lang eine 10.000-Euro-GmbH gehabt und sind dann wieder auf die normalen 35.000 Euro zurückgegangen, weil der Finanzminister dann nicht auf die Mindest-KöSt verzichten wollte. Das war im Ausland eine Lachnummer und bei uns ein politischer Bauchfleck.“

Bei der Gründung einer Limited sollen nur 5.000 Euro Mindeststammkapital reichen. Mitarbeiterbeteiligungen und der Ein- und Ausstieg von Investoren (Anteilsver-

schiebungen) sollen erleichtert werden. Und das alles unbürokratisch, digital und auch auf Englisch.

Umfahrer zum KURIER: „Die Frage der Mitarbeiterbeteiligung ist eine steuerrechtliche Frage und keine gesellschaftsrechtliche.“ Und er warnt vor falscher Euphorie. Wer internationale Investoren in sein Start-up hole, müsse wissen, dass diese mit besten Rechts- und Steuerberatern gerüstet seien. „Dem steht der heimische Gründer dann schutzlos gegenüber. Denn einem internationalen Investor geht es nur um die Rendite.“

Eine rasche Anteilsübertragung sei übrigens auch in der GmbH möglich. „Der digitale Notariatsakt ermöglicht dem Investor, wo immer er auf der Welt sitzt, zu unterzeichnen.“ Und billig sei die Gründung einer GmbH schon jetzt. Tatsächlich kann man mit nur 5.000 € eine sogenannte „gründungsprivilegierte“ GmbH hochziehen. Nach zehn Jahren muss man aber auf 35.000 € aufstocken. Umfahrer schlägt daher

eine neue Lösung vor: „Man könnte das Mindeststammkapital der normalen GmbH generell auf 10.000 Euro senken und die gründungsprivilegierte GmbH in diese neue GmbH aufgehen lassen.“

Unterstützung dürfte Umfahrer dabei von Anwälte-Vizepräsident Bernhard Fink er-

halten. „Es wäre viel vernünftiger, man erleichtert die Gründung der bestehenden Kapitalgesellschaften. Die Austria Limited wird der Markt nicht annehmen“, so Fink unlängst im KURIER.

Dass die Gründung einer GmbH zu lange dauere weist ÖNK-Präsident Umfahrer zu-

rück: „Bei der Gründung einer seriösen Firma gibt es eine Vorbereitungsphase, um Konsens über den Gesellschaftervertrag zu erzielen. Da ist Geschwindigkeit nicht das richtige Thema.“ Danach würde die Dauer der GmbH-Gründung zwischen drei und fünf Tagen liegen.

Überblick

WEITERE MELDUNGEN

Baubranche fordert Maßnahmenkatalog

Appell. Ein am Mittwoch gemeinsam vom österreichischen Städte-, und Gemeindebund, den Bausozialpartnern und der Vereinigung Österreichischer Projektentwickler (VÖPE) vorgestellter Maßnahmenkatalog soll der Bundesregierung die nötigen Schritte aufzeigen, um die Baubranche auch im nächsten Jahr erfolgreich durch die Krise zu bringen. Unter anderem fordern sie Zahlungen an Städte und Gemeinden durch den Bund, eine schnellere Abwicklung von Baubewilligungen und Genehmigungen, sowie einen früheren Beginn von Bauprojekten.

120 Millionen für Tierwohl-Projekte

Förderung. Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger präsentiert am Mittwoch gemeinsam mit Landwirtschafts- und Tierchutzvertretern den „Pakt für mehr Tierwohl in der produzierenden Landwirtschaft“. Er beinhaltet u. a. 120 Millionen Euro Förderungen für den Neu- und Ausbau von tierwohlgerechten Ställen. Ab 2021 soll es dann keine Förderungen mehr für den Neubau von Anbindeställen geben, ab 2022 sollen auch jene Neubauten, die nur gesetzliche Mindeststandards erfüllen, keine staatliche Finanzspritze mehr erhalten.

Start-up „call a BOX“ startet heute

Storage. Ab sofort bietet das steirische Start-up „call a BOX“ seine Dienste an. Über eine Handy-App können hier Lagerboxen nach Hause bestellt und nach der Befüllung zu einem Wunschzeitpunkt vor der eigenen Haus- oder Wohnungstüre wieder abgeholt werden. Die Boxen werden sicher und sauber gelagert und können jederzeit über die App wieder einzeln angefordert werden. „Wir sind davon überzeugt, dass wir mit unseren Boxen und dem Slogan 'bequem Freiraum schaffen' genau den Zeitgeist treffen“, heißt es vonseiten des (jungen) Unternehmens.

DIE KOMBI MIT TIEFGANG

Jetzt testen:
KURIER & profil
6 Wochen
GRATIS



Nähere Infos unter:

kurierabo.at/testabo

Angebot gültig in ganz Österreich bis 31.12.2020.
AGB unter kurierservice.at/agb

KURIER

GUTE FRAGEN.
GUTE ANTWORTEN.